

Mit Franz Renner, guten Abend, was der Tag an Bericht ins Wert im Gebracht hat, unter anderem.

Das Geamtgeheimnis soll 2025 Geschichte sein, die Regierungsparteien brauchen für das heute präsentierte Informationsfreiheitsgesetz, aber die Unterstützung anderer Parteien und die ist noch ungewiss.

Mindestens 49 Menschen starben bei einem russischen Angriff auf ein Kaffee und ein Lebensmittelgeschäft im Osten der Ukraine.

Geld aus dem EU-Budget wird immer öfter fehlerhaft vergeben, in Österreich werden immer mehr Drogenlenker erwischt, auch die Zahl der Geldwäsche, Verdachtsfälle steigt stark.

Unter diesjähriger Literaturnobelpreis geht an den Norweger Jörn Fosse.

Eingangs aber die Wetterprognose Nikola Biermeier bitte.

In den nächsten Stunden ziehen einige Wolken durch, meist bleibt es aber trocken.

Nach Mitternacht lockert es wieder auf, stellenweise kann es aber nebelig werden.

Tiefstwerte meist 4 bis 14 Grad, im Müll und Waldviertel vereinzelt bis 0 Grad.

Morgenfreitag, viel Sonne, Nebel löst sich bald auf.

Die Temperaturen erreichen 16 bis 23 in 2000 Meter Höhe um 10 Grad.

Am Samstag überwiegen sonnig und noch ein bisschen wärmer, im Norden und Osten allmählich windig und ein paar Wolken.

Am Sonntag sehr windig, von Salzburg ostwärts bewölkt, etwas regen und vorübergehend kühler, von Vorarlberg bis Kärnten wahrscheinlich oft sonnig und warmen.

Für Österreichs Verwaltung oder besser für die Bürgerinnen und Bürger im Umgang mit ihrer Verwaltung könnte bald ein neues Zeitalter anbrechen.

Die Tokisgrüne Koalition hat heute ihren Entwurf für ein Informationsfreiheitsgesetz vorgestellt.

Ab 2025 soll das Amtsgeheimnis demnach Geschichte sein, die Details von Katja Adhofer.

In den anderen EU-Ländern längst nicht mehr im Verfassungsrang, ab 2025 dann wohl auch in Österreich Geschichte, das Amtsgeheimnis.

Bürgerinnen und Bürger können dann von der Verwaltung im Bund, Ländern und Gemeinden Auskunft verlangen, persönlich schriftlich oder am Telefon.

Die Antwort ist einklackbar und muss spätestens nach acht Wochen da sein.

Wie sie kann es der Werner Kogler von den Grünen.

Es ist für die Republik Österreich und gerade für die Republik Österreich ein monumentaler Kulturwechsel.

Auch Verfassungsministerin Karolina Etstadler ÖVP spricht von einem Paradigmenwechsel.

Der moderne Staat ist da, ja ist jedenfalls zum Greifen nah mit einem Verständnis für das Informationsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger im 21. Jahrhundert, aber auch mit Augenmaß für die Verwaltung.

Denn von der proaktiven Pflicht zu veröffentlichen, also etwa von Gutachten oder Verträgen sind Gemeinden unter 5.000 Einwohnerinnen und Einwohner ausgenommen und damit etwa 40 Prozent der

Bevölkerung.

Sind es doch die kleinen Einheiten, die kleinen Gemeinden, die unser gesellschaftliches Miteinander aufrechterhalten und die oft nur über wenige Mitarbeiter und vielleicht

auch keine Juristen verfügen.

Mir war es von Anfang an ein großes Anliegen, dass wir die Handlungsfähigkeit der Verwaltung aufrechterhalten und das ist eben bei kleineren Einheiten hier notwendig, wir wollen die Verwaltung nicht lahmlegen.

Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern müssen aber auch von den kleinen Gemeinden beantwortet werden.

Nicht ausgenommen sind aber Informationen, die im Interesse von nationaler Sicherheit oder öffentlicher Ordnung einer Geheimhaltung unterliegen.

Ob im Jahr 2025 tatsächlich die große Informationsfreiheit ausbricht, hängt aber von der Zustimmung

anderer Parteien ab.

Für die Beschlussfassung des Gesetzes braucht es eine Zweidrittelmehrheit.

Die FPÖ hat schon abgewunken, die NEOS auch lediglich die SPÖ schließt eine Zustimmung, zumindest nicht aus.

Felix Nowak mit den Reaktionen.

Nächste Woche will SPÖ-Verfassungssprecher Jörg Leichtfried informelle Gespräche mit der Regierung beginnen, einer der springenden Punkte, die aktive Veröffentlichungspflicht von Gemeinden, etwa bei Verträgen und Studien.

Dass das für die kleinere Gemeinde jetzt nicht mehr gelten soll, das wäre schon ein Rekussschritt.

Könnten Sie da trotzdem zustimmen mit so einer Regelung?

Ob es zustimmen oder nicht zustimmen, kann man auch deine Gespräche mit der Regierung sagen.

Laut Gesetzesentwurf liegt die Grenze, ab der automatisch veröffentlicht werden muss bei 5.000 Einwohnern.

Das kritisieren auch die Freiheitlichen, sie sprechen in einer Aussendung von einem Kniefall vor ÖVP-Bürgermeistern.

Eine Zustimmung zum vorliegenden Entwurf werde es nicht geben, genauso wenig wie von den NEOS.

Vizeklub Obmann Nikolas Scherak bemängelt ebenfalls die Ausnahme für kleine Gemeinden aus seiner Sicht fehlt außerdem ein Informationsfreiheitsbeauftragter.

Da gibt es ganz viele Dinge, die hier in dem Entwurf noch zu kritisieren sind und an denen man noch sehr intensiv arbeiten wird müssen, um ein echtes Informationsfreiheitsgesetz zu bekommen.

Inliche Reaktionen gibt es heute aus der Zivilgesellschaft, etwa von Transparency-Vorstand Georg Krakow,

das Argument, dass kleine Gemeinden bei einer Veröffentlichungspflicht einen zu hohen Aufwand hätten, kann er im Ö1-Mittagsschanel nicht nachvollziehen.

Auch die kleineren Gemeinden unterliegen der passiven Informationspflicht.

Wenn die nicht aktiv informieren, dann werden sie im Verhältnis viel mehr Informationersuchen von Individualpersonen und Vereinen bekommen.

Skeptisch an Gesicht des Zusatzaufwands zeigt sich heute der Stedebund.

Für den Gemeindebund ist der Entwurf hingegen ein gangbarer Weg.

Zum Kriegen der Ukraine, diesfalls gegen Zivilisten, zumindest 49 Menschen sind bei

einem russischen Angriff im Osten der Ukraine getötet worden.

Getroffen wurden laut der ukrainischen Generalstaatsanwaltschaft ein Lebensmittelgeschäft und ein Kaffee.

Informationen von Parkrise.

Videoaufnahmen verbreitet von den ukrainischen Behörden zeigen Rettungskräfte, die unter Gebäude Trümmern nach Überlebenden suchen.

Es soll sich dabei um ein Dorf in der Nähe der Stadt Kopians kandel, ungefähr 40 Kilometer von der russischen Grenze entfernt.

Unabhängig überprüfen lassen sich die Angaben nicht.

Nach offiziellen ukrainischen Informationen handelt es sich um einen russischen Raketenangriff auf ein Lebensmittelgeschäft und ein Kaffee.

Präsident Volodymyr Zelensky schreibt in einer ersten Reaktion im Messengerdienst Telegram von einem Zitat demonstrativ grausamen russischen Verbrechen.

Wie das ukrainische Innenministerium erklärt, hätten sich zum Zeitpunkt des Angriffs heute Mittag besonders viele Menschen in dem Kaffee aufgehalten, weil sie dort an einer Trauerfeier für einen verstorbenen Mitbürger teilgenommen hätten.

Unter den mindestens 49 Todesopfern, seitdem nach auch ein sechsjähriges Kind.

Der Angriff trifft eine vom Krieg besonders schwer betroffene Region.

Das Gebiet um Kopiansk wurde erst vergangenen Herbst aus russischer Besatzung befreit. Inzwischen haben in der Region allerdings wieder die russischen Streitkräfte die Initiative erlangt.

Seit Wochen kommt es im Osten der Region Harkiv zu erbitterten Kämpfen.

An einer anderen Front der diplomatischen Kämpfe, heute der ukrainische Präsident Zelensky, kurz vor Bekanntwerden des Angriffs, hat er in Granada, die dort versammelte europäische politische Gemeinschaft gewarnt, mit der Unterstützung für die Ukraine nachzulassen.

Aus Granada, Benedikt Feichtner.

Das Ziel der europäischen politischen Gemeinschaft ist es, den Zusammenhalt in Europa zu stärken. Statt wie bei anderen Gipfeltreffen üblich, stummt lang an einem großen Tisch zu sitzen und vorgefertigtes Statements herunterzulesen, haben die Staats- und Regierungschefs bei diesem Treffen die Gelegenheit, informell miteinander ins Gespräch zu kommen, in kleinen Arbeitsgruppen ohne Piraterinnen oder bei einem Glas Rotwein im Schatten der berühmten Al-Ambra.

Doch mehr Zusammenhalt ist einfacher gesagt als getan, so Ukraines Präsident Volodomir Zelensky. Die Geschlossenheit Europas zu retten ist eine der größten Herausforderungen, nicht nur in der EU, sondern in ganz Europa.

Ein geplantes Vermittlungsgespräch im Berg-Karabach-Konflikt kam nicht zustande.

Was er bei Jans Machthaber Ilham Aliyev blieb dem Treffen fern, sehr zum Ärger von EU-Ratspräsident

Charles Michel.

Das ist seine Entscheidung, ich werde sie öffentlich nicht kommentieren, aber bei der nächsten Gelegenheit werde ich ihm sagen, was ich davon halte.

Luxemburgs Premierminister Xavier Bettel übt sich gegenüber dem ORF in Zweckoptimismus. Wenn fast alle da sind, ist schon ein Erfolg, dass der Einer jetzt nicht kommt.

Motzen hat noch immer nichts gebracht und wenn wir zusammen am Tisch sitzen, können wir

meistens auch Probleme lösen.

Zuletzt drohte auch der Konflikt zwischen Serbien und dem Kosovo zu eskalieren.

Mehrere Regierungschefinnen hofften daher heute auf Vermittlungsgespräche.

Auf die Frage des ORF, ob sie sich ein Gespräch mit Serbiens Präsidenten Wucic vorstellen können, sagt der Kosovo-Präsidentin, wie Jose Osmani.

Wozu?

Sie hoffen, vielmehr auf europäische Truppen, um die Grenze des Kosovo zu schützen und auf Sanktionen gegen Serbien und dann können miteinander gesprochen werden.

Am Freitag wird das Treffen mit den 27 EU-Ländern fortgesetzt.

Das EU-Parlament hat zwei Neubesetzungen in der EU-Kommission zugestimmt.

Bei der Male geht es um Klima und Klimaschutz.

Der Niederländer Wapke-Huxstra wird Klimakommissar.

Der Vizepräsident der EU-Kommission, der Slovake Maro Ševčovic, wird den Green-Dealer Union betreuen.

Informationen von David Griglier.

Der zuständige Unterausschuss des EU-Parlaments hatte die Ernennung beider Kandidaten zunächst

noch blockiert.

In der Kritik stand besonders der niederländische Ex-Ausminister Wapke-Huxstra und deswegen seiner

früheren Tätigkeiten als Manager beim Ölkonzern Shell sowie als Unternehmensberater bei McKinsey.

Ich bekenne mich zum EU-Ziel einer mindestens 90-prozentigen Emissionsreduktion bis 2040 versicherte Huxstra den Abgeordneten.

Er kündigte zudem eine Steuer auf Kerosin an.

Subventionen von fossilen Brennstoffen wie Kohle, Öl oder Gas sollen abgeschafft werden.

Bei der heutigen Abstimmung im EU-Parlament erhalten Huxstra und der Slovake Maro Ševčovic eine klare Mehrheit, ein Postenabkommen zwischen den zwei größten Fraktionen.

Der europäische Christdemokrat Huxstra wird neuer Klimakommissar und betreut künftig das engere Feld der EU-Klimapolitik.

Der Sozialdemokrat Ševčovic erhält als Vizepräsident der EU-Kommission die Aufgabe, den europäischen grünen Deal umzusetzen.

Beide haben zudem versprochen, die EU-Regelungen zu Mikroplastik und zu Tiertransporten noch heuer voranbringen zu wollen.

Bei der Verwendung von Geld aus dem EU-Budget ist es laut dem Europäischen Rechnungshof im Vorjahr zu deutlich mehr Fehler angekommen als in den Jahren davor.

Immerhin mehr als vier Prozent des Budgets wurden demnach nicht im Einklang mit nationalen oder EU-Vorschriften verwendet, die Details von Palkrise.

Die Ausgaben aus dem EU-Haushalt betragen für das Vorjahr 196 Milliarden Euro, doch nicht immer wurden die EU-Gelder im vergangenen Jahr korrekt verwendet, sagt Helga Berger vom Europäischen Rechnungshof.

Zu oft werden Ausgaben nicht entsprechende nationalen und EU-Vorschriften ausgegeben und die Gesamtfehlerquote mit 4,2 Prozent ist deutlich gegenüber den 3 Prozent vom Vorjahr gestiegen.

Die Rechnungsprüferin weist gleichzeitig darauf hin, dass diese Fehlerquote kein Maß für Betrug ineffizienz oder Verschwendung ist, sondern eine Schätzung jener Beträge, die nicht im Einklang mit Vorschriften ausbezahlt wurden.

Allerdings ermittelten die Rechnungsprüfer auch 14 Fälle von möglichem Betrug. Sie wurden der EU-Anti-Betrugsbehörde weitergeleitet.

Zu einem kriegerischen Konflikt der weitgehenden, aus dem Fokus der Weltöffentlichkeit verschwunden

ist nach Syrien, da wurden heute Dutzende Menschen Opfer von Kampfhandlungen berichtet, Christian Lininger.

Bilder aus den Kordengebieten in Nordsyrien zeigen dicke Rauchwolken über einem Dorf.

Die Türkei ist der neue Luftangreifen mit Drohnen geflogen, eine Antwort auf den Anschlag im Zentrum von Ankara von Sonntag, zu dem sich die kordische BKK bekannt hat.

Mindestens neun Tote gibt es heute und im türkischen Fernsehen heißt es bereits, die Türkei starte in den Kurdenregionen auch eine Bodenoffensive.

Ortswechsel, Zentralsyrien, die Stadt Homs kontrolliert von der offiziellen syrischen Regierung unter Präsident Assad.

In einer Militäarakademie werden Offiziere angelobt, da explodiert eine Bombe, mindestens 78 Menschen werden getötet.

Der Verdacht fällt hier auf islamistische Milizen.

Erneute Ortswechsel, eine Kleinstadt bei Aleppo, fünf Tote werden in einen Spital gebracht, umgekommen, so erklären die Rettungskräfte, bei einem Angriff der Regierungstruppen auf eine Rebellenenglaube.

Ein besonders blutiger Tag heute, aber Kämpfe gibt es in Syrien immer noch jeden Tag.

Zurück nach Österreich zu Drogen im Straßenverkehr, jetzt gemeint alle Drogen außer Alkohol.

Die Zalder erwischten Drogenlenker hat sich in Österreich zwischen 2016 und im Vorjahr verfünffacht, überwiegend sind es junge Männer.

Nach 7,5 Tausend Fällen im Vorjahr erwartet die Polizei für Heuer einen weiteren starken Anstieg, berichtet Veronica Mahler.

Dass die Polizei immer mehr Drogenlenker wischt, liegt vor allem daran, dass deutlich mehr kontrolliert wird, sagt der Sprecher des Innenministeriums Patrick Mayerhofer.

Diesen Zusammenhang wird noch immer stärker, diese Verkehrsschwerpunkte im Beisein von Amtsärztinnen und Amtsärzten durchgeführt.

Außerdem ist auch die Zahl der Drogenlenker insgesamt gestiegen.

Zwischen 2017 und 2021 um 15 Prozent, das zeigen Zahlen des Kuratoriums für Verkehrssicherheit.

Es führt regelmäßig sogenannte Dunkelfeldstudien durch, um die Zahl der Alkohol- und Drogenlenker

in Österreich zu erruhieren.

2021 waren es 550.000 Alkohol- und 205.000 Drogenlenker, sagt der Verkehrssicherheitsexperte Klaus Robacz.

Ja, diese Werte sind wirklich alarmierend, fallen die starke Zunahmen bei jungen, fallen männlichen Drogenlenkern.

Es braucht eine längst überfällige Novellierung der Straßenverkehrsordnung, wenn es um den Nachweis von Drogenkonsum am Steuer geht.

Österreich entscheidet der Amtsarzt, ob man beeinträchtigt ist oder nicht und fast

alle anderen Ländern in Europa haben mittlerweile ein Grenzwertsystem. Das heißt, es werden klare Grenzwerte festgelegt und dann ist man unter Drogenbeinfluss unterwegs.

Außer Österreich setzen nur noch Ungarn und Kroatien auf das sogenannte Beeinträchtigungssystem, sagt Robacz.

Aus dem Innenministerium heißt es dazu, in Österreich ist Drogenkonsum nicht erlaubt, infolgedessen kann es dafür auch keine Grenzwerte geben.

Und auch in einem anderen Bereich sind die Fallzahlen stark gestiegen, die Verdachtsmeldungen auf Geld wäschen, nämlich rund 7.000 waren es im Vorjahr und 1.000 mehr als im Jahr davor.

Die meisten Verdachtsfälle haben Banken gemeldet, weiß Beate Tomasiewicz.

Knapp 4.500 der insgesamt 7.000 Verdachtsmeldungen kommen aus dem Bankenbereich, da hat sich

in den letzten Jahren kaum etwas verändert.

Im Krypto-Bereich hingegen, also bei Dienstleistungen unter anderem bei Bitcoin, haben sich die Meldungen auf 1.300 verfünffacht.

Doch dieser stark steigende Trend wurde laut Prognose 2023 gestoppt, sagt Louis Verdier, Leiter der Geldwäsche-Meldestelle FAU in Österreich.

Wir stellen fest im vergangenen Jahr, dass die Krypto-Meldungen etwas zurückgegangen sind und nicht, wie erwartet, gestiegen sind.

Der Grund, die geringere Nachfrage.

Die Nachfrage nach, zum Beispiel größten Blockchain nach Bitcoin, hat sich im letzten Jahr halbiert.

Im Vorjahr wurden bei 69 Sicherstellungsanordnungen fast 2,2 Millionen Euro beschlagnahmt und sichergestellt.

Das Böse ist immer und überall ist es jetzt Zeit zu sagen, um Trickbetrug geht es jetzt auch noch.

Um das Abzocken alter Menschen durch Betrüger, die sich als Polizisten ausgeben.

Drei dieser Betrüger wurden jetzt auf frischer Tatort habt und verhaftet, sie hatten ihre Opfer in Wien und in Niederösterreich, die hat Eisinger berichtet.

Das älteste Opfer des Trios war 97 Jahre alt, das jüngste 74.

Nach bisherigen Erhebungen haben die drei Verdächtigen dreimal in Bezirk Wiener Neustadt, zweimal in Bezirk Korneuburg sowie einen Polizeitrick betrug in Tulln, in Wienwieden, in Simmering,

Meidling und Otttagring verübt.

Die Vorgehensweise war dabei stets dieselbe, sie haben telefonisch Kontakt mit den Opfern aufgenommen und sich als Polizisten ausgegeben.

Sie überzeugten ihre Opfer davon, dass ein Einbruch bei ihnen geplant sei und ihr Vermögen zuhause nicht sicher wäre.

Zehn Mal sind ihre Opfer auf das Angebot eingegangen, die gesamten Ersparnisse an einen angeblichen

Polizeibeamten zu übergeben.

Die drei Beschuldigten sind zum Teil geständig, sie wurden in die Justizanstalt Korneuburg eingeliefert.

Das Oberösterreichische Familienunternehmen Dan Küchen bekommt einen neuen Eigentümer, der schwedische Küchenspezialist Ballingslöw International übernimmt, den nach eigenen Angaben größten Küchen-Ehrsteller Österreichs, Robert Fürst.

Ballingslöw International war bisher nicht in Österreich aktiv.

Vorbehaltlich der Zustimmung der Kartellbehörden soll Dan Küchen ein Tochterunternehmen des schwedischen Konzerns werden und in dieser Form als eigenständiges Unternehmen weitergeführt werden.

Die Produktionsstandorte in Oberösterreich wie Twengalno-Kirchen bleiben erhalten und sollen sogar erweitert werden, verspricht der neue Eigentümer.

Über die Höhe des Kaufpreises wurde Stillschweigen vereinbart.

Dan Küchen hat im vergangenen Jahr mit 450 Mitarbeitern einen Umsatz von 120 Millionen Euro erwirtschaftet.

Ballingslöw International zählt zu den größten Küchenherstellern in Europa und ist Teil der Stena-Gruppe.

Diese hat 17.000 Mitarbeiter und im vergangenen Jahr einen Umsatz von 5 Milliarden Euro ausgewiesen.

Wir bleiben in der Wirtschaft Personalmangel, wohin man schaut, bei den Elementar-Belegten früher Kindergärtnerinnen genannt, umso mehr zumal die Kinderbetreuung bis 2030 mit viel Geld ausgebaut werden soll.

Der Bildungsminister will nun zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten anbieten, berichtet Peter Daser.

Auf 13.700 Pädagoginnen und Pädagogen zusätzlich wird der Bedarf in der Kinderbetreuung bis 2030 geschätzt.

Das lässt sich mit der regulären Ausbildung nicht decken, weil rund die Hälfte der Absolventinnen und Absolventen nach Abschluss einen anderen Beruf wählt.

Von ihnen sollen mehr in der Kinderbetreuung bleiben, erklärt Bildungsminister Martin Polaschek.

Unser Ziel ist, dass wir die Zahl der Absolventen und Absolventen, die direkt in den elementar-pädagogischen Einrichtungen zu arbeiten beginnen, auf 75 Prozent steigern.

Wir werden deshalb die Rahmenbedingungen entsprechend überarbeiten.

Wir werden die Lehrpläne grundlegend überarbeiten, unter anderem auch mehr Praxisnähe in diese Lehrpläne bringen.

Außerdem sollen Quereinsteigende mit zusätzlichen Ausbildungen für die Kinderbetreuung gewonnen

werden, so wie das bereits an den Schulen versucht wird, wo ebenfalls Personalmangel herrscht.

Unser Ziel ist, dass wir in den nächsten Jahren rund 8.750 zusätzliche Elementarpädagoginnen und Elementarpädagogen für das Berufsfeld ausbilden.

Von Wirtschaftskammer und industriellen Vereinigung kommt heute Lob für die Ankündigungen des Ministers.

Seitens der Gewerkschaft gibt es Kritik, die zusätzlichen Ausbildungsplätze seien zu wenig, um den Fachkräftemangel wirklich zu beheben und unter anderem seien auch bessere Arbeitsbedingungen notwendig.

Der Herbst ist die Zeit der Lohn- und Gehaltsverhandlungen neben Metallern, Sozialwirtschaft und

Handel

verhandeln auch die Branchenreinigung, Bewachung und Fahrerzustellung.

Die Dienstleistungsgewerkschaft wieder hat am Vormittag ihre Forderungen präsentiert, Volker Obermeier berichtet.

Die drei Berufe fallen in die Kategorie Niedriglohnbereich.

Das Mindesteinkommen liegt bei maximal an rund 1.860 Euro brutto.

Wieder Chef Roman Hebenstreit verlangt zum einen eine Untergrenze von mindestens 2.000 Euro.

Zum anderen müsse es mehr als einen Ausgleich der Teuerung geben.

Diese beträgt hier gut 9 Prozent.

Wir reden von einem realen Zuwachs und wir reden in diesen Branchen auch um

Entlastungsmaßnahmen

vielerartig.

Zum Beispiel um mehr Arbeitstagsüberstätt in der Früh und am Abend oder um mehr Pausen.

In den drei Berufsgruppen sind in Summe mehr als 70.000 Menschen beschäftigt, der Großteil davon in der Reinigung.

Hier beträgt der Frauen- und Teilzeitanteil je 70 Prozent.

Die KV-Verhandlungen starten am 9. November.

Und diesmal traf es ausnahmsweise einen der großen Favoriten der Norweger John Fosse erhält den Literaturnobelpreis 2023.

Erfolgreich ist der 64-Jährige als Romanautor wie auch als Dramatiker gleichermaßen.

Er gilt als einer der meistgespielten Theaterautoren weltweit.

Judith Hoffmann berichtet.

Er sei überwältigt, froh und dankbar.

Lesion Fosse heute Nachmittag in einer Aussendung wissen und in einem ersten Interview mit dem norwegischen Fernsehen sagte er in Anspielung an seine jahrelange Favoritenrolle.

Er sei zwar an die Spannung im Vorfeld gewöhnt, aber auch daran, dem Preis nicht zu bekommen.

Ich komme, ich wendere auf mich noch.

Entsprechend überrascht sei er.

Als einer der ersten Gratulanten stellte sich der norwegische König Harald ein und auch die Literaturredaktion des norwegischen Fernsehens gab sich in Jubelstimmung.

Nein, das ist fantastisch nicht!

Eine ausgezeichnete Wahl attestierte auch der deutsche Literaturkritiker Dennis Schäck gegenüber der Deutschen Presseagentur.

Das ist alles andere als ein skandinavisches Heimspiel, sondern wirkliche Weltliteratur, so der Kritiker, über die Texte des Dramatikers, Lyrikers und Romanautors, der den Literaturnobelpreis

erstmals nach 95 Jahren wieder nach Norwegen holt und seine literarischen Vorbilder unter anderem in der deutschsprachigen Literatur findet.

Seit Jahren habe ich einige deutsche Dichte gelesen, zum Beispiel Georg Drackel und Trilke und auch Thomas Bernhard selbstverständlich.

Vosses Werk wird seit rund drei Jahrzehnten von Henrich Schmidt-Henkels ins Deutsche übersetzt, ehrmann heute gegenüber Ü1.

Dieses Durchleuchten und Durchschauen und Durchspüren von Menschen in existenziellen Situationen.

Das ist das universelle an seinem Schreiben, das ist das, was auch überall verstanden wird. Deswegen ist ein solcher internationaler Preis für Vossel sehr passend.

Entgegennehmen wird Vosse dem Preis am 10. Dezember in Stockholm.

Auch in Heimburg in Niederstreich ist bereits eine Ehrung für Vosse in Planung der Literaturnobelpreis

Träger lebte er zeitweise mit seiner Ehefrau einer slovakischen Wissenschaft darin.

Weitere aktuelle Meldungen jetzt noch Martin Balder, bitte.

Die Bundesregierung hat einen Entwurf zur Abschaffung des Amtsgeheimnisses vorgelegt.

Das neue Informationsfreiheitsgesetz soll Anfang 2025 in Kraft treten und verpflichtet die Verwaltungsorgane von Bund, Ländern und Gemeinden zur Auskunftserteilung.

Für den Beschluss ist eine Zweidrittelmehrheit im Nationalrat nötig, die SPÖ ist gesprächsbereit, die FPÖ will dem Entwurf nicht zustimmen.

Im Osten der Ukraine sind bei einem russischen Angriff mindestens 51 Menschen getötet worden.

Laut örtlichen Behörden wurden in einem Dorf in der Region Kharkiv ein Lebensmittelschiff und ein Kaffee getroffen, wo sich viele Zivilisten zu einer Gedenkfeier getroffen hatten.

Der ukrainische Präsident Volodymyr Selensky sprach von einem brutalen russischen Verbrechen.

Russland hat laut US-Experten Schiefe seiner Schwarzmeerflotte auf der besetzten Halbinsel Krim abgezogen, offenbar wegen der anhaltenden Raketenangriffe der Ukraine.

Satellitenaufnahmen würden zeigen, dass mindestens 10 Schiefe vom Hafen Servus Topol in die 300 Kilometer entfernte Region Krasnodar verlegt wurden, so das US-Institut für Kriegsstudien in Washington.

In der syrischen Stadt Homs sind nach Angaben der syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte

bei einem Anschlag auf die Militärakademie mindestens 78 Menschen ums Leben gekommen.

Die Akademie wurde demnach von Dronen angegriffen, als dort gerade Offiziere ernannt wurden.

Der syrische Verteidigungsminister hatte das Gebäude nur wenige Minuten zuvor verlassen.

Vorerst hat sich niemand zu dem Attentat bekannt.

Japan hat die umstrittene Einleitung von Kühlwasser aus der Atomruine Fukushima ins Meer fortgesetzt.

Wie bei der ersten Tranche sollen auch diesmal 7.800 Tonnen Wasser verklappt werden.

Nach Angaben des AKW-Betreibers TEPCO ist das aufbereitete Kühlwasser unbedenklich.

Die Umweltorganisation Greenpeace erklärte jedoch, dass der Filterprozess nicht funktioniert und große Mengen Radioaktivität ins Meer gelangen würden.

Das Wetter morgen überwiegend sonnig nur vereinzelt Frühnebel und tagsüber nur wenige Wolken.

Die Höchstwerte morgen meist zwischen 16 und 23 Grad.

Das war das Abendsjournal am 5. Oktober für das Journalteam mit Christian Williwald-Regie und Rainer Blubärgertechnik verabschiedet sich Franz Renner.

Genießen Sie den Abend und bleiben Sie dran, dass Journal Panorama berichtet jetzt von einem Lokalausgang an der bulgarisch-türkischen Grenze.

Am Wort ist Astrid Plank.

Guten Appetit.